

Uni Basel sponsert Regenbogen-Pin, Bürgerliche kritisieren Aktivismus

Wegen «Pride Month» Die Hochschule begründet die Aktion mit dem Bekenntnis für mehr Diversität. LDP-Grossrat Raoul I. Furlano hält dies für einen illiberalen Eingriff, SVP-Präsident Pascal Messerli findet «total daneben».



Jedes Jahr im Juni wird auf der ganzen Welt «Pride Month» gefeiert. Die Positionierung öffentlicher Institutionen und Firmen sorgt immer wieder für Diskussionen. Foto: Urs Jaudas

Sebastian Briellmann

Ist das noch politisch neutral? Die Universität Basel zelebriert in diesem Jahr den «Pride Month», der immer im Juni stattfindet und der der «Feier und dem Gedenken an den Stolz von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender» (Wikipedia) gewidmet ist, mit einer speziellen Aktion.

Wer als Angestellter der Hochschule mitmachen will, trägt einen Pin in Regenbogenfarben. Mitarbeiter der Universität Basel haben sich daraufhin bei der «Basler Zeitung» gemeldet – irritiert darüber, dass sie diesen Pin an ihrem Arbeitsplatz vorgefunden haben. Sie fragen sich: Geht das nicht zu weit, ist das schon Aktivismus?

Man muss dazu Folgendes festhalten: Das Tragen des Pins, so steht es auch im beiliegenden Schreiben der Fachstelle «Diversity und Inclusion», ist freiwillig. Wer ihn nicht tragen will, soll ihn doch weitergeben.

Individuelle Positionierung

Deswegen sieht auch die Universität nichts Anstössiges an dieser Aktion. Sprecher Matthias Geering sagt: «Die Dekanate der Fakultäten sowie die Mitglieder der Diversity-Kommission haben ein Infomail erhalten, in dem auf den Pride Month hingewiesen wurde. Darin wurde auch mitgeteilt, dass Interessierte einen Pin bestellen können.»

Dass die Genderdebatte in diesem Land eine feurige, heftige ist – und man das Regenbogen-

signet durchaus als politisch konnotiertes Zeichen deuten kann: Das sieht Geering anders. Er sagt: «Es handelt sich hier nicht um eine politische Positionierung der Universität Basel, sondern um die Sichtbarmachung eines gesellschaftlich relevanten Themas. Die Universität Basel ist bestrebt, ein einladendes und integratives Umfeld für alle Mitglieder unserer Gemeinschaft zu schaffen.»

Das ist auch die Strategie («Umgang mit Diversität verbessern») und steht im sogenannten Code of Conduct, der besagt, dass grundsätzlich keine Be-

«Ich finde es nicht zielführend, weil man uns etwas aufoktroziert.»

Raoul I. Furlano
LDP-Grossrat und Dozent an der Universität Basel

nachteiligung geduldet wird. Da würde auch keiner widersprechen, das ist nur richtig.

Sieht auch die Politik so. Aber während solche Aktionen ganz im Sinne der Linken sein dürften, sieht es auf der bürgerlichen Seite anders aus. SVP-Präsident Pascal Messerli sagt: «Ich finde diese Aktion total daneben. Es ist nicht die Aufgabe einer politisch neutralen Hochschule, ihren Mitarbeitern eine solche Botschaft regelrecht aufzudrängen.»

Raoul I. Furlano, Fraktionschef der LDP im Grossen Rat und selber Dozent an der Medizinischen Fakultät der Universität Basel, sieht die Aktion ebenfalls kritisch: «Ich finde es nicht zielführend, weil man uns etwas aufoktroziert. Die Universität ist ein Hort, der offen ist für alle, liberal – im besten Sinne. Darum hat eine Hochschule eine politisch konnotierte Symbolträchtigkeit nicht nötig. Die Menschen, die an der Uni Basel arbeiten, leben diese Offenheit bereits – in den Vorlesungen, im Alltag.»

Ein Pin, sagt Furlano, «wirkt da auch intellektuell etwas gar bescheiden, er kann sogar als Affront für die von der Uni gelebte Chancengleichheit gesehen werden – weil er im schlechtesten Fall insinuiert, dass dies nicht genug der Fall sei. Das finde ich ungut.»

Unsprecher Geering teilt diese Bedenken nicht. Auch nicht jene, dass die Freiwilligkeit ad absurdum geführt werden könnte. Schliesslich kann man es durch die Sichtbarkeit des Pins auch so sehen: Wer nicht mit-



Der Pin des Anstosses: Geht die Uni mit dieser Geste zu weit?

macht, ist öffentlich erkennbar, kann gebrandmarkt werden. Er sagt: «Die Universität Basel hat ganz bewusst entschieden, dass sich die Angehörigen individuell positionieren können – auf eine institutionelle Positionierung wurde verzichtet. Die Universität Basel hat über 6000 Mitarbeitende – der Pin wurde 900-mal bestellt.» Kosten: 1800 Franken.

Messerli ist mit dieser Erklärung nicht einverstanden: «Die Freiwilligkeit wird für mich insofern ausgehebelt, als es ja auffällt, wer einen Pin trägt – und wer nicht. Sich gegen Diskriminierung einzusetzen, ist richtig. Aber nicht mit einer aktiven Mitwirkung, die in diesem Fall erst noch politisch klar assoziiert ist.»

Rechtlich unproblematisch

Wenn politische Kräfte einen politischen Zusammenhang sehen: Ist das ein cleverer Schachzug in einem gesellschaftlichen Thema, das derart polarisiert? Klar ist nur: Juristisch macht die Basler Hochschule nichts Falsches. Roger Rudolph, der renommierte Arbeitsrechtler von der Univer-

sität Zürich, sagt: «Wenn das Tragen freiwillig ist – und das wird ja ausdrücklich betont –, habe ich wenig arbeitsrechtliche Bedenken.»

Der Pin sei auch in keiner Weise reisserisch oder provokativ gehalten. Heikel wäre es selbstverständlich dann, «wenn das Nichttragen zu einer Benachteiligung der Betroffenen führt». Aber dafür gebe es ja keine Anhaltspunkte.

Wem spielt es in die Karten?

Auch Rudolph ist der Meinung, dass das Thema kontrovers diskutiert wird. Aber er sagt auch: «Gleichzeitig scheint mir schon ein gewisser gesellschaftlicher Konsens darüber zu bestehen, dass Diskriminierungen von LGBTIQ+-Menschen zu verhindern sind, was sich auch rechtlich begründen lässt. Strittig am Thema ist meines Erachtens nicht das grundsätzliche Diskriminierungsverbot, sondern wie weit allfällige Förderungsmassnahmen gehen sollen.»

Darüber streitet die Politik schon jetzt mit Verve. Die SVP macht die Genderdebatte sogar zu einem Thema in diesem Superwahljahr. Die Zustimmung aus Umfragen legt nahe, dass die Volkspartei mit ihrer kritischen Haltung mal wieder ein feines Sensorium für die Meinung der Bürger hat.

Man darf sich also durchaus fragen: Spielt die Universität Basel also wirklich jenen Kräften, die sie unterstützen will, in die Karten?

Auf Binningen kommen grosse Ausgaben zu

Abstimmungen Die beiden lokalen Vorlagen zu den Infrastrukturprojekten bleiben umstritten.

Am Abstimmungssonntag, dem 18. Juni, wird Binningen ausser über die eidgenössischen auch über zwei lokale Vorlagen bestimmen, als da wären der Baukredit von 24,4 Millionen für die Erweiterung der Primarschulanlage Meiriacker und der Baukredit über 13,7 Millionen Franken für den Neubau des Werkhofs an der Margarethenstrasse.

Vor allem Letzterer sorgt in der Baselbieter Agglomerationsgemeinde für eine rege Debatte. Nötig wird ein neuer Werkhof auch darum, damit das alte Areal frei wird für neue Nutzungen. Denn Binningen ist wie die Nachbarorte Basel und Bottmingen von Wachstumsdruck geprägt. Es muss gebaut und verdichtet werden, doch Bauland ist knapp.

Neuer Anlauf

Mit der Verlegung des Werkhofs würde Bauland frei und die Erschliessung der gesamten Talsohle verbessert, so die Befürworter. Vor über zehn Jahren schmetterte aber das Binninger Stimmvolk einen gemeinsamen Werkhof mit Bottmingen an der Urne ab. Später wandte sich dann die Behörden beider Gemeinden gegen das Projekt. Binningen will nun für 13,7 Millionen Franken in eigener Regie einen neuen Werkhof bauen, am Friedhofshang weit weg von der Wohnzone. Der Einwohnerrat genehmigte das überarbeitete Projekt im Dezember 2022 mit einer durch SP, Grüne, EVP, Die Mitte und GLP gebildeten Mehrheit. Einzig die FDP und die SVP waren dagegen.

Die Gegner stört vor allem, dass der Werkhof in unmittelbarer Nähe zum Friedhof Margarethen errichtet werden soll. So kritisierte etwa die SVP-Einwohnerrätin Barbara Fankhauser, dass es pietätlos sei, während einer Abdankung Flaschen zu entsorgen. Einwohnerrat Marc Schinzel (FDP) erklärte, dass man dem Stimmvolk diese Lage des Werkhofs nicht verkaufen könne. Zuletzt gab ein Interview auf einer amtlichen Seite des «Binninger Anzeigers» zu reden, wo der Werkhof-Leiter erklärte, weshalb Binningen einen neuen Werkhof benötige. Kritiker warfen der Gemeinde «einseitige Behördenpropaganda» vor. In etwas weniger als zwei Wochen wird abgestimmt.

Es gibt viel zu stemmen

Ebenfalls am 18. Juni entscheidet Binningen über die 24,4 Millionen Franken teure Erweiterung des Primarschulhauses Meiriacker. Hier ist die SVP als einzige Partei dagegen. Das Projekt sei viel zu teuer. Die FDP hingegen stimmt hier zu. Man anerkenne den Nachholbedarf bei der Infrastruktur.

Nachdem das Stimmvolk von Binningen erst im September für die Sanierung des Schulhauses Margarethen 48 Millionen Franken genehmigt hatte, kommen nun möglicherweise mit den 24,4 Millionen für den Umbau des Meiriacker-Schulhauses und den 13,7 Millionen für den Werkhof erneut hohe Belastungen auf die Gemeinde zu. Zu stemmen gilt es wohl bald auch die anstehenden Sanierungen des Hallenbades und des Schlosses Binningen.

Simon Erlanger